Deutscher Bundestag **Drucksache 16/43**

16. Wahlperiode 03. 11. 2005

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Zweiten Änderung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Zweites Espoo-Vertragsgesetz)

A. Problem und Ziel

Das UN ECE-Übereinkommen vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen) verpflichtet den für die Zulassung von – näher bestimmten – Projekten zuständigen Staat dazu, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen und dabei die Behörden und die Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten zu beteiligen, wenn ein solches Projekt voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben wird. Deutschland hat das Übereinkommen und dessen erste Änderung aus dem Jahre 2001 am 8. August 2002 ratifiziert.

Die auf der dritten Konferenz der Parteien in Cavtat (Kroatien) am 4. Juni 2004 beschlossene Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens beinhaltet Änderungen und Ergänzungen, die redaktionell und inhaltlich eine Harmonisierung des Übereinkommens mit anderen internationalen Übereinkünften und gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben bezwecken, insbesondere mit der UVP-Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung, dem noch nicht in Kraft getretenen Protokoll vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung sowie dem Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.

Die mit der Zweiten Änderung erfolgten Anpassungen des Espoo-Übereinkommens entsprechen dem geltenden deutschen Recht, insbesondere dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (s. Bekanntmachung der Neufassung vom 5. September 2001 – BGBl. I S. 2350).

Durch die Ratifikation der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens kann die aktive Rolle, die Deutschland mit der Ratifikation der ersten Änderung des Espoo-Übereinkommens als erster Staat auf internationaler Ebene übernommen hat, bestätigt werden. Die Unterstützung der Zweiten Änderung als Vertragspartei ermöglicht es, die hiermit verbundenen Mitgestaltungsrechte im internationalen Bereich sachgerecht wahrzunehmen und auch bei weiteren Entwicklungen entscheidende Impulse zu setzen.

B. Lösung

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation der auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz in Cavtat (Kroatien) beschlossenen Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens herbeigeführt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Bund, Ländern und Gemeinden entstehen durch die Ratifikation der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens keine zusätzlichen Kosten.

2. Vollzugsaufwand

Ein erhöhter Verwaltungsaufwand für Bund, Länder oder Gemeinden ist durch die Ratifizierung der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens nicht zu erwarten, da aus der Zweiten Änderung resultierende rechtliche Verpflichtungen bereits durch das geltende deutsche Recht sowie durch europarechtliche Vorgaben vorgeschrieben sind.

E. Sonstige Kosten

Durch die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens sind höhere Kosten und damit Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere die Verbraucherpreise nicht zu erwarten, da aus der Zweiten Änderung resultierende rechtliche Verpflichtungen bereits durch das geltende deutsche Recht sowie durch europarechtliche Vorgaben vorgeschrieben sind.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 3. November 2005

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu der Zweiten Änderung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Zweites Espoo-Vertragsgesetz)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 814. Sitzung am 23. September 2005 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu der Zweiten Änderung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Zweites Espoo-Vertragsgesetz)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der auf der dritten Tagung der Vertragsparteien in Cavtat (Kroatien) am 4. Juni 2004 durch Beschluss III/7 gefassten Zweiten Änderung des Übereinkommens von Espoo vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (BGBl. 2002 II S. 1406) wird zugestimmt. Der Beschluss wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Zweite Änderung des Übereinkommens nach Artikel 14 Abs. 4 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Das von Deutschland ratifizierte Übereinkommen der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe) vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen) verpflichtet den für die Zulassung von – näher bestimmten – Projekten zuständigen Staat dazu, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und dabei die Behörden und die Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten zu beteiligen, wenn ein solches Projekt voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben wird. Das Übereinkommen trat am 10. September 1997 in Kraft (bislang 40 Vertragsparteien). Auf der zweiten Konferenz der Vertragsstaaten in Sofia am 27. Februar 2001 wurde die erste Änderung des Übereinkommens beschlossen, die Deutschland – zugleich mit der Ratifikation des Übereinkommens – am 8. August 2002 als erster Vertragsstaat ratifiziert hat (bislang von drei Staaten ratifiziert).

Auf der dritten Konferenz der Parteien in Cavtat (Kroatien) wurde am 4. Juni 2004 die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens beschlossen. Ihr Ziel ist es, das Espoo-Übereinkommen redaktionell und inhaltlich mit anderen internationalen Übereinkünften und gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben zu harmonisieren, insbesondere mit der UVP-Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung, dem noch nicht in Kraft getretenen Protokoll vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung sowie dem Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Die mit der Zweiten Änderung erfolgten Anpassungen des Espoo-Übereinkommens entsprechen dem geltenden deutschen Recht, insbesondere dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (s. Bekanntmachung der Neufassung vom 5. September 2001 – BGBl. I S. 2350). Neben dem vorliegenden Vertragsgesetz bedarf es keiner Änderung der Rechtslage in Deutschland, um die Anforderungen der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens zu erfüllen.

Durch die Ratifikation der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens kann die aktive Rolle, die Deutschland mit der Ratifikation der ersten Änderung des Espoo-Übereinkommens als erster Staat auf internationaler Ebene übernommen hat, bestätigt werden. Die Unterstützung der Zweiten Änderung als Vertragspartei ermöglicht es, die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte im internationalen Bereich sachgerecht wahrzunehmen und auch bei weiteren Entwicklungen entscheidende Impulse zu setzen.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da die Zweite Änderung, soweit sie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften fällt, sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die am 4. Juni 2004 beschlossene Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens gemäß Artikel 14 Abs. 4 des Espoo-Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für Bund, Länder und Gemeinden werden sich aus der Ratifikation der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens keine unmittelbaren zusätzlichen Kosten ergeben, da aus der Zweiten Änderung resultierende rechtliche Verpflichtungen bereits durch das geltende deutsche Recht sowie durch europarechtliche Vorgaben vorgeschrieben sind.

Durch die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens sind höhere Kosten und damit Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere die Verbraucherpreise nicht zu erwarten, da aus der Zweiten Änderung resultierende rechtliche Verpflichtungen bereits durch das geltende deutsche Recht sowie durch europarechtliche Vorgaben vorgeschrieben sind.

Auf die Umwelt wird die Ausführung des Gesetzes auf Grund der bereits bestehenden deutschen und europäischen Rechtslage keine messbaren zusätzlichen Auswirkungen haben.

Beschluss III/7
Zweite Änderung des Übereinkommens von Espoo

Decision III/7
Second amendment to the Espoo convention

Décision III/7
Deuxième amendement à la Convention d'Espoo

(Übersetzung)

The Meeting,

Recalling its decision II/10 on the review of the Convention and paragraph 19 of the Sofia Ministerial Declaration,

Wishing to modify the Convention with a view to further strengthening its application and improving synergies with other multilateral environmental agreements,

Commending the work done by the task force established at the second meeting of Parties, by the small group on amendments and by the Working Group on Environmental Impact Assessment itself,

Noting the Convention on Access to Information, Public Participation in Decision-making and Access to Justice in Environmental Matters, done at Aarhus, Denmark, on 25 June 1998, and recalling the Protocol on Strategic Environmental Assessment, done at Kiev, Ukraine, on 21 May 2003,

Also noting relevant European Community legal instruments, such as directive 85/337/EEC of 27 June 1985 on the assessment of the effects of certain public and private projects on the environment, as amended by directives 97/11/EC and 2003/35/EC,

Conscious that an extension of Appendix I will strengthen the importance of environmental impact assessments in the region,

Recognizing the benefits of international cooperation as early as possible in the assessment of environmental impact,

Encouraging the work of the Implementation Committee as a useful tool for the further implementation and application of the provisions of the Convention,

La Réunion des Parties,

Rappelant sa décision II/10 sur le réexamen de la Convention et le paragraphe 19 de la Déclaration ministérielle de Sofia,

Désireuse de modifier la Convention en vue d'en améliorer encore l'application et de mieux tirer parti des synergies avec d'autres accords multilatéraux relatifs à l'environnement,

Accueillant avec satisfaction les travaux effectués par l'équipe spéciale créée à la deuxième réunion des Parties, par le groupe restreint chargé des amendements et par le Groupe de travail de l'évaluation de l'impact sur l'environnement lui-même,

Prenant note de la Convention sur l'accès à l'information, la participation du public au processus décisionnel et l'accès à la justice en matière d'environnement, adoptée à Aarhus (Danemark) le 25 juin 1998, et rappelant le Protocole relatif à l'évaluation stratégique environnementale, adopté à Kiev (Ukraine) le 21 mai 2003,

Prenant note également des instruments juridiques pertinents de la Communauté européenne, dont la directive 85/337/CEE du 27 juin 1985 concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement, telle que modifiée par les directives 97/11/CE et 2003/35/CE,

Consciente du fait qu'un élargissement de la portée de l'appendice I renforcera l'importance des évaluations de l'impact sur l'environnement dans la région,

Considérant les avantages, d'une coopération internationale aussi précoce que possible dans l'évaluation de l'impact sur l'environnement,

Encourageant le Comité de l'application à s'acquitter de sa tâche, qui contribue utilement à la poursuite de la mise en œuvre et de l'application des dispositions de la Convention,

Die Tagung –

unter Hinweis auf den Beschluss II/10 über die Überprüfung des Übereinkommens sowie Absatz 19 der Ministererklärung von Sofia,

in dem Wunsch, das Übereinkommen zu ändern, um seine Anwendung weiter zu stärken und Synergien mit anderen mehrseitigen Umweltübereinkünften zu verbessern,

in lobender Anerkennung der Arbeit, die von dem auf der zweiten Tagung der Vertragsparteien eingerichteten Arbeitsstab, von der kleinen Redaktionsgruppe für Änderungen und von der Arbeitsgruppe über die Umweltverträglichkeitsprüfung selbst geleistet wurde,

unter Hinweis auf das am 25. Juni 1998 in Aarhus, Dänemark, beschlossene Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sowie eingedenk des am 21. Mai 2003 in Kiew, Ukraine, beschlossenen Protokolls über die strategische Umweltprüfung,

ferner unter Hinweis auf einschlägige Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft, wie der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung,

im Bewusstsein der Tatsache, dass eine Erweiterung des Anhangs I die Bedeutung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Region stärken wird,

in Anerkennung der Tatsache, dass eine möglichst frühzeitige internationale Zusammenarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung von Vorteil ist,

in Unterstützung der Arbeit des Durchführungsausschusses als nützliches Mittel zur weiteren Durchführung und Anwendung des Übereinkommens –

1. Confirms that the validity of decisions taken prior to the entry into force of the second amendment to the Convention, including the adoption of protocols, the establishment of subsidiary bodies, the review of compliance and actions taken by the Implementation Committee, are not affected by the adoption and entry into force of this amendment;

2. Also confirms that each Party shall continue to be eligible to participate in all activities under the Convention, including the preparation of protocols, the establishment and participation in subsidiary bodies, and the review of compliance, regardless of whether the second amendment to the Convention has entered into force for that Party or not;

3. Adopts the following amendments to the Convention:

   (a) In Article 2, after paragraph 10, insert a new paragraph reading

   11. If the Party of origin intends to carry out a procedure for the purposes of determining the content of the environmental impact assessment documentation, the affected Party should to the extent appropriate be given the opportunity to participate in this procedure.

   (b) In Article 8, after Convention insert

   and under any of its protocols to which they are a Party

   (c) In Article 11, replace paragraph 2 (c) by a new subparagraph reading

   (c) Seek, where appropriate, the services and cooperation of competent bodies having expertise pertinent to the achievement of the purposes of this Convention;

   (d) At the end of Article 11, insert two new subparagraphs reading

   (g) Prepare, where appropriate, protocols to this Convention;

   (h) Establish such subsidiary bodies as they consider necessary for the implementation of this Convention.

1. Confirme que la validité des décisions qui seront adoptées avant l'entrée en vigueur du deuxième amendement à la Convention, notamment l'adoption de protocoles, la création d'organes subsidiaires, l'examen du respect des obligations et les mesures prises par le Comité de l'application, est indépendante de l'adoption et de l'entrée en vigueur du présent amendement;

2. Confirme également que chaque Partie continuera d'avoir le droit de participer à toutes les activités relevant de la Convention, notamment l'élaboration de protocoles, la création d'organes subsidiaires et la participation à leurs travaux, ainsi que l'examen du respect des obligations, même si le deuxième amendement à la Convention n'est pas entré en vigueur pour cette Partie;

3. Adopte les amendements suivants à la Convention:

   a) À l'article 2, après le paragraphe 10, insérer un nouveau paragraphe ainsi libellé

   11. Si la Partie d'origine entend mener une procédure en vue de déterminer le contenu du dossier d'évaluation de l'impact sur l'environnement, la Partie touchée doit, dans les limites qui conviennent, avoir la possibilité de participer à cette procédure;

   b) À l'article 8, après la Convention insérer

   et de tout protocole y relatif auquel elles sont parties;

   c) À l'article 11, remplacer l'alinéa c du paragraphe 2 par un nouvel alinéa ainsi libellé

   c) Sollicitent, s'il y a lieu, les services et la coopération d'organes compétents ayant des connaissances spécialisées intéressant la réalisation des objectifs de la présente Convention;

   d) À la fin de l'article 11, insérer deux nouveaux alinéas ainsi libellés

   g) Élaborent, s'il y a lieu, des protocoles à la présente Convention;

   h) Créent les organes subsidiaires jugés nécessaires à l'application de la présente Convention;

1. bestätigt, dass die Gültigkeit von Beschlüssen, die vor dem Inkrafttreten der zweiten Änderung des Übereinkommens gefasst worden sind, einschließlich der Annahme von Protokollen, der Einsetzung von Nebengremien, der Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens sowie der Maßnahmen des Durchführungsausschusses, von der Beschlussfassung über diese Änderung und dem Inkrafttreten dieser Änderung unberührt bleiben;

2. bestätigt ferner, dass jede Vertragspartei weiterhin berechtigt ist, sich an allen Tätigkeiten im Rahmen des Übereinkommens zu beteiligen, einschließlich der Erarbeitung von Protokollen, der Einrichtung von und der Beteiligung in Nebengremien sowie der Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens, unabhängig davon, ob die zweite Änderung des Übereinkommens für diese Vertragspartei in Kraft getreten ist oder nicht;

3. beschließt die folgenden Änderungen des Übereinkommens:

   a) In Artikel 2 wird nach Absatz 10 folgender neuer Absatz angefügt:

   „(11) Beabsichtigt die Ursprungspartei, ein Verfahren zur Festlegung des Inhalts der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, so soll die betroffene Vertragspartei in angemessenem Umfang Gelegenheit zur Beteiligung an diesem Verfahren erhalten."

   b) In Artikel 8 wird nach dem Wort „Übereinkommen" folgender Wortlaut eingefügt:

   „sowie aus jedem seiner Protokolle, dessen Vertragspartei sie sind,".

   c) In Artikel 11 Absatz 2 wird der Buchstabe c durch folgenden neuen Buchstaben ersetzt:

   „c) erbitten sie gegebenenfalls die Dienste fachkundiger Gremien, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der Zwecke dieses Übereinkommens über einschlägige Fachkenntnisse verfügen, und streben eine Zusammenarbeit mit diesen an;".

   d) Am Ende des Artikels 11 werden zwei neue Buchstaben mit folgendem Wortlaut angefügt:

   „g) erarbeiten sie gegebenenfalls Protokolle zu diesem Übereinkommen;

   h) setzen sie, wenn sie dies für notwendig erachten, zur Durchführung dieses Übereinkommens Nebengremien ein."

(e) In Article 14, paragraph 4, replace the second sentence by a new sentence reading

They shall enter into force for Parties having ratified, approved or accepted them on the ninetieth day after the receipt by the Depositary of notification of their ratification, approval or acceptance by at least three fourths of the number of Parties at the time of their adoption.

(f) After Article 14, insert a new article reading

Article 14bis

Review of compliance

1. The Parties shall review compliance with the provisions of this Convention on the basis of the compliance procedure, as a non-adversarial and assistance-oriented procedure adopted by the Meeting of the Parties. The review shall be based on, but not limited to, regular reporting by the Parties. The Meeting of Parties shall decide on the frequency of regular reporting required by the Parties and the information to be included in those regular reports.

2. The compliance procedure shall be available for application to any protocol adopted under this Convention.

(g) Replace Appendix I to the Convention by the Appendix to this decision;

(h) In Appendix VI, after paragraph 2, insert a new paragraph reading

3. Paragraphs 1 and 2 may be applied, mutatis mutandis, to any protocol to the Convention.

e) À l'article 14, paragraphe 4, remplacer la deuxième phrase par une nouvelle phrase ainsi libellée

Ils entrent en vigueur à l'égard des Parties qui les ont ratifiés, approuvés ou acceptés le quatre-vingt-dixième jour suivant la réception par le Dépositaire de la notification de leur ratification, approbation ou acceptation par les trois quarts au moins – à la date de leur adoption – du nombre des Parties;

f) Après l'article 14, insérer un nouvel article ainsi libellé

Article 14bis

Examen du respect des dispositions

1. Les Parties examinent la façon dont les dispositions de la présente Convention sont respectées en appliquant la procédure d'examen, non conflictuelle et orientée vers l'assistance, adoptée par la Réunion des Parties. Cet examen est fondé, entre autres, sur les rapports périodiques établis par les Parties. La Réunion des Parties détermine la fréquence des rapports périodiques requis des Parties et les informations à y inclure.

2. La procédure d'examen du respect des dispositions peut être appliquée à tout protocole adopté au titre de la présente Convention.

g) Remplacer l'appendice I à la Convention par l'appendice à la présente décision;

h) À l'appendice VI, après le paragraphe 2, insérer un nouveau paragraphe ainsi libellé

3. Les paragraphes 1 et 2 peuvent être appliqués, mutatis mutandis, à tout protocole à la Convention.

e) In Artikel 14 Absatz 4 wird der zweite Satz durch folgenden neuen Satz ersetzt:

„Sie treten für die Vertragsparteien, die sie ratifiziert, genehmigt oder angenommen haben, am neunzigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem der Verwahrer die Ratifikations-, Genehmigungs- oder Annahme-Notifikation von mindestens drei Viertel der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderungen vorhandenen Vertragsparteien erhalten hat."

f) Nach Artikel 14 wird folgender neuer Artikel eingefügt:

„Artikel 14bis

Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens

(1) Die Vertragsparteien überprüfen die Einhaltung der Bestimmungen dieses Übereinkommens auf der Grundlage des Verfahrens zur Überprüfung der Einhaltung, das als nicht streitig angelegtes und unterstützungsorientiertes Verfahren von der Tagung der Vertragsparteien beschlossen wird. Die Überprüfung beruht auf einer regelmäßigen Berichterstattung durch die Vertragsparteien, ist jedoch nicht darauf beschränkt. Die Tagung der Vertragsparteien entscheidet darüber, wie häufig die regelmäßige Berichterstattung von den Vertragsparteien verlangt wird und welche Informationen in diese Berichte aufzunehmen sind.

(2) Das Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung kann auf jedes im Rahmen dieses Übereinkommens angenommene Protokoll angewendet werden."

g) Anhang I des Übereinkommens wird durch den Anhang zu diesem Beschluss ersetzt.

h) In Anhang VI wird nach Absatz 2 folgender neuer Absatz eingefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 finden sinngemäß auf jedes Protokoll zu diesem Übereinkommen Anwendung."

Appendix

List of Activities

1. Crude oil refineries (excluding undertakings manufacturing only lubricants from crude oil) and installations for the gasification and liquefaction of 500 metric tons or more of coal or bituminous shale per day.

2. (a) Thermal power stations and other combustion installations with a heat output of 300 megawatts or more, and

   (b) Nuclear power stations and other nuclear reactors, including the dismantling or decommissioning of such power stations or reactors[1]) (except research installations for the production and conversion of fissionable and fertile materials, whose maximum power does not exceed 1 kilowatt continuous thermal load).

3. (a) Installations for the reprocessing of irradiated nuclear fuel;

   (b) Installations designed:

   - For the production or enrichment of nuclear fuel;
   - For the processing of irradiated nuclear fuel or high-level radioactive waste;
   - For the final disposal of irradiated nuclear fuel;
   - Solely for the final disposal of radioactive waste; or
   - Solely for the storage (planned for more than 10 years) of irradiated nuclear fuels or radioactive waste in a different site than the production site.

4. Major installations for the initial smelting of cast iron and steel and for the production of non-ferrous metals.

5. Installations for the extraction of asbestos and for the processing and transformation of asbestos and products containing asbestos: for asbestos-cement products, with an annual production of more than 20,000 metric tons finished product; for friction material, with an annual production of more than 50 metric tons finished product; and for other asbestos utilization of more than 200 metric tons per year.

6. Integrated chemical installations.

7. (a) Construction of motorways, express roads[2]) and lines for long-distance railway traffic and of airports[3]) with a basic runway length of 2,100 metres or more;

   (b) Construction of a new road of four or more lanes, or realignment and/or widening of an existing road of two lanes or less so as to provide four or more lanes, where such new road, or realigned and/or widened section of road, would be 10 km or more in a continuous length.

8. Large-diameter pipelines for the transport of oil, gas or chemicals.
9. Trading ports and also inland waterways and ports for inland-waterway traffic which permit the passage of vessels of over 1,350 metric tons.
10. (a) Waste-disposal installations for the incineration, chemical treatment or landfill of toxic and dangerous wastes;

    (b) Waste-disposal installations for the incineration or chemical treatment of non-hazardous waste with a capacity exceeding 100 metric tons per day.

11. Large dams and reservoirs.

12. Groundwater abstraction activities or artificial groundwater recharge schemes where the annual volume of water to be abstracted or recharged amounts to 10 million cubic metres or more.

13. Pulp, paper and board manufacturing of 200 air-dried metric tons or more per day.

14. Major quarries, mining, on-site extraction and processing of metal ores or coal.

15. Offshore hydrocarbon production. Extraction of petroleum and natural gas for commercial purposes where the amount extracted exceeds 500 metric tons/day in the case of petroleum and 500 000 cubic metres/day in the case of gas.

16. Major storage facilities for petroleum, petrochemical and chemical products.

17. Deforestation of large areas.

18. (a) Works for the transfer of water resources between river basins where this transfer aims at preventing possible shortages of water and where the amount of water transferred exceeds 100 million cubic metres/year; and

    (b) In all other cases, works for the transfer of water resources between river basins where the multi-annual average flow of the basin of abstraction exceeds 2 000 million cubic metres/year and where the amount of water transferred exceeds 5 per cent of this flow.

    In both cases transfers of piped drinking water are excluded.

19. Waste-water treatment plants with a capacity exceeding 150 000 population equivalent.

20. Installations for the intensive rearing of poultry or pigs with more than:
    - 85 000 places for broilers;
    - 60 000 places for hens;
    - 3 000 places for production pigs (over 30 kg); or
    - 900 places for sows.

21. Construction of overhead electrical power lines with a voltage of 220 kV or more and a length of more than 15 km.

22. Major installations for the harnessing of wind power for energy production (wind farms).

---

[1]) For the purposes of this Convention, nuclear power stations and other nuclear reactors cease to be such an installation when all nuclear fuel and other radioactively contaminated elements have been removed permanently from the installation site.

[2]) For the purposes of this Convention:
- "Motorway" means a road specially designed and built for motor traffic, which does not serve properties bordering on it, and which:
  (a) Is provided, except at special points or temporarily, with separate carriageways for the two directions of traffic, separated from each other by a dividing strip not intended for traffic or, exceptionally, by other means;
  (b) Does not cross at level with any road, railway or tramway track, or footpath; and
  (c) Is specially signposted as a motorway.
- "Express road" means a road reserved for motor traffic accessible only from interchanges or controlled junctions and on which, in particular, stopping and parking are prohibited on the running carriageway(s).

[3]) For the purposes of this Convention, "airport" means an airport which complies with the definition in the 1944 Chicago Convention setting up the International Civil Aviation Organization (annex 14).

Appendice

Listes d’activités

1. Raffineries de pétrole (à l’exclusion des entreprises fabriquant uniquement des lubrifiants à partir de pétrole brut) et installations pour la gazéification et la liquéfaction d’au moins 500 tonnes de charbon ou de schiste bitumineux par jour.

2. a) Centrales thermiques et autres installations de combustion dont la production thermique est égale ou supérieure à 300 mégawatts;

   b) Centrales nucléaires et autres réacteurs nucléaires, y compris le démantèlement ou le déclassement de ces centrales ou réacteurs[1]) (à l’exception des installations de recherche pour la production et la conversion de matières fissiles et de matières fertiles, dont la puissance maximale n’excède pas 1 kilowatt de charge thermique continue).

3. a) Installations pour le retraitement de combustibles nucléaires irradiés;

   b) Installations destinées:

   – À la production ou à l’enrichissement de combustibles nucléaires;

   – Au traitement de combustibles nucléaires irradiés ou de déchets hautement radioactifs;

   – À l’élimination définitive de combustibles nucléaires irradiés;

   – Exclusivement à l’élimination définitive de déchets radioactifs; ou

   – Exclusivement au stockage (prévu pour plus de 10 ans) de combustibles nucléaires irradiés ou de déchets radioactifs dans un site différent du site de production.

4. Grandes installations pour l’élaboration primaire de la fonte et de l’acier et pour la production de métaux non ferreux.

5. Installations pour l’extraction d’amiante et pour le traitement et la transformation d’amiante et de produits contenant de l’amiante: pour les produits en amiante-ciment, installations produisant plus de 20 000 tonnes de produits finis par an; pour les matériaux de friction, installations produisant plus de 50 tonnes de produits finis par an; et pour les autres utilisations de l’amiante, installations utilisant plus de 200 tonnes d’amiante par an.

6. Installations chimiques intégrées.

7. a) Construction d’autoroutes, de routes express[2]) et de lignes de chemin de fer pour le trafic ferroviaire à longue distance, ainsi que d’aéroports[3]) dotés d’une piste principale d’une longueur égale ou supérieure à 2 100 mètres;

   b) Construction d’une nouvelle route à quatre voies ou plus, ou alignement et/ou élargissement d’une route existante à deux voies ou moins pour en faire une route à quatre voies ou plus, lorsque la nouvelle route ou la section de route alignée et/ou élargie doit avoir une longueur ininterrompue d’au moins 10 km.

8. Canalisations de grande section pour le transport de pétrole, de gaz ou de produits chimiques.

9. Ports de commerce ainsi que voies d’eau intérieures et ports fluviaux permettant le passage de bateaux de plus de 1 350 tonnes.

10. a) Installations d’élimination des déchets toxiques et dangereux par incinération, traitement chimique ou mise en décharge;

    b) Installations d’élimination de déchets non dangereux par incinération ou traitement chimique d’une capacité de plus de 100 tonnes par jour.

11. Grands barrages et réservoirs.

12. Travaux de captage d'eaux souterraines ou de recharge artificielle des eaux souterraines lorsque le volume annuel d'eau à capter ou à recharger atteint ou dépasse 10 millions de mètres cubes.

13. Installations pour la fabrication de papier, de pâte à papier et de carton produisant au moins 200 tonnes séchées à l'air par jour.

14. Exploitation de mines et de carrières sur une grande échelle, extraction et traitement sur place de minerais métalliques ou de charbon.

15. Production d'hydrocarbures en mer. Extraction de pétrole et de gaz naturel à des fins commerciales, lorsque les quantités extraites dépassent quotidiennement 500 tonnes de pétrole et 500 000 mètres cubes de gaz.

16. Grandes installations de stockage de produits pétroliers, pétrochimiques et chimiques.

17. Déboisement de grandes superficies.

18. a) Ouvrages servant au transvasement de ressources hydrauliques entre bassins fluviaux lorsque cette opération vise à prévenir d'éventuelles pénuries d'eau et que le volume annuel des eaux transvasées dépasse 100 millions de mètres cubes; et

    b) Dans tous les autres cas, ouvrages servant au transvasement de ressources hydrauliques entre bassins fluviaux lorsque le débit annuel moyen, sur plusieurs années, du bassin de prélèvement dépasse 2 000 millions de mètres cubes et que le volume des eaux transvasées dépasse 5 % de ce débit. Dans les deux cas, les transvasements d'eau potable amenée par canalisation sont exclus.

19. Installations de traitement des eaux résiduaires d'une capacité supérieure à 150 000 équivalents-habitants.

20. Installations destinées à l'élevage intensif de volailles ou de porcs disposant de plus de:

    – 85 000 emplacements pour poulets;
    – 60 000 emplacements pour poules;
    – 3 000 emplacements pour porcs de production (de plus de 30 kg); ou
    – 900 emplacements pour truies.

21. Construction de lignes aériennes de transport d'énergie électrique d'une tension de 220 kV ou plus et d'une longueur de plus de 15 km.

22. Grandes installations destinées à l'exploitation de l'énergie éolienne pour la production d'énergie (parcs d'éoliennes).

---

[1]) Aux fins de la présente Convention, les centrales nucléaires ou autres réacteurs nucléaires cessent d'être des installations nucléaires lorsque tous les combustibles nucléaires et tous les autres éléments contaminés ont été définitivement retirés du site d'implantation.

[2]) Aux fins de la présente Convention:

– Le terme «autoroute» désigne une route qui est spécialement conçue et construite pour la circulation automobile, qui ne dessert pas les propriétés riveraines et qui:

  a) Sauf en des points singuliers ou à titre temporaire, comporte, pour les deux sens de la circulation, des chaussées distinctes séparées l'une de l'autre par une bande de terrain non destinée à la circulation ou, exceptionnellement, par d'autres moyens;

  b) Ne croise à niveau ni route, ni voie de chemin de fer ou de tramway, ni chemin pour la circulation de piétons;

  c) Est spécialement signalée comme étant une autoroute.

– L'expression «route express» désigne une route réservée à la circulation automobile, accessible seulement par des échangeurs ou des carrefours réglementés, et sur laquelle, en particulier, il est interdit de s'arrêter et de stationner sur la chaussée.

[3]) Aux fins de la présente Convention, la notion d'«aéroport» correspond à la définition donnée dans la Convention de Chicago de 1944 portant création de l'Organisation de l'aviation civile internationale (annexe 14).

Anhang

Liste der Tätigkeiten

1. Erdölraffinerien (ausgenommen Unternehmen, die nur Schmiermittel aus Rohöl herstellen) sowie Anlagen zur Vergasung und Verflüssigung von täglich mindestens 500 Tonnen Kohle oder bituminösem Schiefer.

2. a) Wärmekraftwerke und sonstige Verbrennungsanlagen mit einer Wärmeleistung von mindestens 300 MW sowie
   b) Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren, einschließlich der Demontage oder Stilllegung solcher Kraftwerke oder Reaktoren[1]) (ausgenommen Forschungseinrichtungen für die Erzeugung und Bearbeitung von spaltbaren und brutstoffhaltigen Stoffen, deren Höchstleistung 1 kW thermische Dauerleistung nicht übersteigt).

3. a) Anlagen zur Wiederaufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe,
   b) Anlagen, die für Folgendes bestimmt sind:
      – Erzeugung oder Anreicherung von Kernbrennstoffen;
      – Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe oder hoch radioaktiver Abfälle;
      – endgültige Beseitigung bestrahlter Kernbrennstoffe;
      – ausschließlich für die endgültige Beseitigung radioaktiver Abfälle;
      – ausschließlich für die (für mehr als 10 Jahre geplante) Lagerung bestrahlter Kernbrennstoffe oder radioaktiver Abfälle an einem anderen Ort als dem Produktionsort.

4. Größere Anlagen für das Erschmelzen von Gusseisen und Stahl und für die Erzeugung von Nichteisenmetallen.

5. Anlagen zur Gewinnung von Asbest sowie zur Be- und Verarbeitung von Asbest und asbesthaltigen Erzeugnissen: bei Asbestzement-Erzeugnissen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 20 000 Tonnen Fertigerzeugnissen, bei Reibungsbelägen Anlagen mit einer Jahresproduktion von mehr als 50 Tonnen Fertigerzeugnissen und bei anderen Asbestverwendungen Anlagen mit einem Jahreseinsatz von mehr als 200 Tonnen Asbest.

6. Integrierte chemische Anlagen.

7. a) Bau von Autobahnen, Schnellstraßen[2]) und Eisenbahn-Fernverkehrsstrecken sowie von Flughäfen[3]) mit einer Start- und Landebahn-Grundlänge von 2 100 Metern und mehr;
   b) Bau von neuen vier- oder mehrspurigen Straßen oder Verlegung und/oder Ausbau bestehender ein- oder zweispuriger Straßen zu vier- oder mehrspurigen Straßen, wenn diese neue Straße oder dieser verlegte und/oder ausgebaute Straßenabschnitt eine durchgehende Länge von 10 km oder mehr aufweisen würde.

8. Öl-, Gas- oder Chemikalienpipelines großen Durchmessers.

9. Seehandelshäfen sowie Wasserstraßen und Häfen für die Binnenschifffahrt, die für Schiffe mit mehr als 1 350 Tonnen zugänglich sind.

10. a) Abfallbeseitigungsanlagen zur Verbrennung, chemischen Behandlung oder Deponielagerung giftiger und gefährlicher Abfälle;
    b) Abfallbeseitigungsanlagen zur Verbrennung oder chemischen Behandlung ungefährlicher Abfälle mit einer Kapazität von mehr als 100 Tonnen pro Tag.

11. Große Talsperren und Stauseen.

12. Maßnahmen zur Grundwasserentnahme oder künstliche Grundwasserauffüllungssysteme mit einer jährlichen Wasserentnahme- oder -auffüllungsmenge von mindestens 10 Millionen Kubikmetern.

13. Anlagen zur Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe mit einem Ausstoß von mindestens 200 luftgetrockneten Tonnen täglich.

14. Größere Steinbrüche und größere Anlagen für den Abbau, die Förderung vor Ort sowie die Veredelung von Metallerzen oder Kohle.

15. Kohlenwasserstoffförderung auf See. Gewinnung von Erdöl und Erdgas zu gewerblichen Zwecken mit einer Fördermenge von mehr als 500 Tonnen/Tag bei Erdöl und von mehr als 500 000 Kubikmetern/Tag bei Erdgas.

16. Größere Anlagen zur Lagerung von Erdöl, petrochemischen und chemischen Erzeugnissen.

17. Abholzung großer Flächen.

18. a) Bauvorhaben zur Umleitung von Wasserressourcen von einem Flusseinzugsgebiet in ein anderes, wenn durch die Umleitung Wassermangel verhindert werden soll und mehr als 100 Millionen Kubikmeter/Jahr an Wasser umgeleitet werden;

    b) in allen anderen Fällen Bauvorhaben zur Umleitung von Wasserressourcen von einem Flusseinzugsgebiet in ein anderes, wenn der langjährige durchschnittliche Wasserdurchfluss des Flusseinzugsgebiets, dem Wasser entnommen wird, 2 000 Millionen Kubikmeter/Jahr übersteigt und mehr als 5 Prozent dieses Durchflusses umgeleitet werden.

    In beiden Fällen wird der Transport von Trinkwasser in Rohren nicht berücksichtigt.

19. Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Leistung von mehr als 150 000 Einwohnerwerten.

20. Anlagen zur Intensivhaltung oder -aufzucht von Geflügel oder Schweinen mit mehr als
    - 85 000 Plätzen für Masthähnchen und -hühnchen;
    - 60 000 Plätzen für Hennen;
    - 3 000 Plätzen für Mastschweine (Schweine über 30 kg);
    - 900 Plätzen für Sauen.

21. Bau von Hochspannungsfreileitungen für eine Stromstärke von 220 kV oder mehr und einer Länge von 15 km oder mehr.

22. Größere Anlagen zur Nutzung von Windenergie zur Stromerzeugung (Windfarmen).

---

[1] Im Sinne dieses Übereinkommens gelten Kernkraftwerke und sonstige Kernreaktoren nicht mehr als solche Anlagen, wenn der gesamte Kernbrennstoff und andere radioaktiv kontaminierte Komponenten auf Dauer vom Standort der Anlage entfernt wurden.

[2] Im Sinne dieses Übereinkommens
- bedeutet „Autobahn“ eine Straße, die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen besonders bestimmt und gebaut ist, zu der von den angrenzenden Grundstücken aus keine unmittelbare Zufahrt besteht und die
  a) – außer an einzelnen Stellen oder vorübergehend – für beide Verkehrsrichtungen besondere Fahrbahnen hat, die durch einen nicht für den Verkehr bestimmten Geländestreifen oder in Ausnahmefällen durch andere Mittel voneinander getrennt sind;
  b) keine höhengleiche Kreuzung mit Straßen, Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen oder Gehwegen hat;
  c) als Autobahn besonders gekennzeichnet ist;
- bedeutet „Schnellstraße“ eine Straße, die dem Kraftfahrzeugverkehr vorbehalten ist, nur über Anschlussstellen oder besonders geregelte Kreuzungen erreichbar ist und auf der insbesondere das Halten und das Parken auf der Fahrbahn verboten sind.

[3] Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Flughafen“ einen Flughafen nach der Begriffsbestimmung des Abkommens von Chicago von 1944 zur Errichtung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation – Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt – (Anhang 14).

Denkschrift

I. Allgemeines

Das von Deutschland am 8. August 2002 ratifizierte Übereinkommen der UN ECE (United Nations Economic Commission for Europe) vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Übereinkommen) verpflichtet den für die Zulassung von – näher bestimmten – Projekten zuständigen Staat dazu, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen und dabei die Behörden und die Öffentlichkeit anderer möglicherweise betroffener Vertragsstaaten zu beteiligen, wenn ein solches Projekt voraussichtlich erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben wird. Damit trägt das Übereinkommen dem Umstand Rechnung, dass die möglichen Umweltauswirkungen eines Projektes sich nicht auf das Staatsgebiet des Ursprungsstaates dieses Projektes beschränken, sondern auch andere Staaten berühren können. Die grenzüberschreitende Beteiligung dient daher insbesondere der Transparenz der Entscheidungsprozesse und stärkt zugleich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Nachbarstaaten in Europa. Zugleich wird damit der umweltrechtliche Vorsorgegedanke auf internationaler Ebene gefördert.

Das Übereinkommen trat am 10. September 1997 in Kraft und hat bislang 40 Vertragsparteien (39 UN ECE-Staaten sowie die Europäische Gemeinschaft).[1]) Auf der zweiten Konferenz der Vertragsstaaten in Sofia am 27. Februar 2001 wurde die erste Änderung des Espoo-Übereinkommens beschlossen, die Deutschland zugleich mit der Ratifikation des Übereinkommens am 8. August 2002 als erster Vertragsstaat ebenfalls ratifiziert hat.[2])

Auf der dritten Konferenz der Parteien in Cavtat (Kroatien) am 4. Juni 2004 wurde die Zweite Änderung des Espoo-Übereinkommens beschlossen (Beschluss III/7). Ihr Ziel ist es, das Übereinkommen redaktionell und inhaltlich mit anderen internationalen Übereinkünften und gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben zu harmonisieren. Es handelt sich dabei – dem Beschluss II/10 der zweiten Vertragsstaatenkonferenz über die Überprüfung des Espoo-Übereinkommens sowie dem daraufhin auf der fünften Sitzung der Arbeitsgruppe zum Espoo-Übereinkommen in Genf (27. bis 29. Januar 2003) erteilten Mandat entsprechend – zum einen um rechtstechnische Änderungen, die das Espoo-Übereinkommen vor allem mit Blick auf das am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossene Protokoll über die strategische Umweltprüfung[3]) in seinen nicht materiellen Vorschriften modifizieren. Zum anderen sind redaktionelle und inhaltliche Anpassungen an anderen Vorgaben des internationalen und gemeinschaftsrechtlichen Rechts vorgesehen. Hierzu zählt vor allem die Neufassung des Anhangs I des Übereinkommens, der diejenigen Projekte auflistet, bei denen stets zu prüfen ist, ob sie erhebliche, grenzüberschreitende nachteilige Umweltauswirkungen haben können. Die Neufassung dient der Harmonisierung mit Anhang I der UVP-Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung[4]) und mit Anhang I des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten.[5]) Weitere wichtige Anpassungen betreffen: die Verankerung des Durchführungsausschusses („implementation commitee“) auch im Übereinkommen selbst als – vielfach im Völkerrecht üblichen – Mechanismus zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens (sogenanntes „compliance“) und die unverbindliche Empfehlung, schon beim Verfahrensschritt der Festlegung des Inhalts der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung (sogenanntes „scoping“) eine Beteiligung möglicherweise betroffener Nachbarstaaten vorzusehen.

Die aus der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens resultierenden rechtlichen Verpflichtungen entsprechen dem geltenden deutschen Recht, insbesondere dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Neben dem vorliegenden Vertragsgesetz bedarf es keiner Änderung der Rechtslage in Deutschland, um die

---

[1]) Die 40 Vertragsparteien des Übereinkommens sind (Stichtag: 1. Mai 2005):

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kanada, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Zypern, Europäische Gemeinschaft.

[2]) Drei Vertragsparteien haben die erste Änderung des Übereinkommens bislang ratifiziert (Stichtag: 1. Mai 2005):

Deutschland, Luxemburg, Polen.

[3]) Die 37 Zeichnerstaaten des Protokolls sind (Stichtag: 31. Dezember 2003):

Albanien, Armenien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Zypern, Europäische Gemeinschaft.

Vertragspartei des Protokolls ist bislang nur Finnland (Stichtag: 1. Mai 2005).

[4]) Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 175 S. 40), geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. EG Nr. L 73 S. 5) und die Richtlinie 2003/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates in Bezug auf die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten (ABl. EG Nr. L 156 S. 17).

[5]) Bislang hat das Übereinkommen 35 Vertragsparteien, Deutschland gehört zu den Zeichnerstaaten. Die 35 Vertragsparteien sind (Stichtag: 1. Mai 2005):

Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Großbritannien, Italien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Malta, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, Tadschikistan, Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Zypern, Europäische Gemeinschaft.

Anforderungen der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens zu erfüllen.

Durch die Ratifikation der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens kann die aktive Rolle, die Deutschland mit der Ratifizierung der ersten Änderung des Übereinkommens als erster Staat auf internationaler Ebene übernommen hat, bestätigt werden. Die Unterstützung der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens als Vertragspartei ermöglicht es, die damit verbundenen Mitgestaltungsrechte im internationalen Bereich sachgerecht wahrzunehmen und auch bei weiteren Entwicklungen entscheidende Impulse zu setzen.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zur Präambel

Die Präambel der auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz beschlossenen Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens bekräftigt unter Bezugnahme auf den Beschluss II/10 über die Überprüfung des Übereinkommens sowie auf Absatz 19 der Ministererklärung von Sofia den Willen der Vertragsparteien, durch Vertragsänderungen die Anwendung des Übereinkommens weiter zu stärken und Synergien mit anderen mehrseitigen Umweltübereinkünften zu verbessern. Die Vertragsparteien betonen ihre Wertschätzung der in dieser Hinsicht geleisteten Arbeit des auf der zweiten Vertragsstaatenkonferenz eingerichteten Arbeitsstabs, der kleinen Redaktionsgruppe für Änderungen und der Arbeitsgruppe über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Sie berufen sich auf das am 25. Juni 1998 in Aarhus (Dänemark) beschlossene Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, das am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossene Protokoll über die strategische Umweltprüfung und die UVP-Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung und sind überzeugt, dass eine Erweiterung des Anhangs I die Bedeutung von Umweltverträglichkeitsprüfungen in der Region stärken wird. Die Vertragsparteien anerkennen die Vorteile, die eine möglichst frühzeitige internationale Zusammenarbeit bei der Umweltverträglichkeitsprüfung bietet, und unterstützen die Arbeit des Durchführungsausschusses als nützliches Mittel zur weiteren Durchführung und Anwendung des Espoo-Übereinkommens. Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Änderungen bestätigen sie die fortbestehende Gültigkeit von Beschlüssen, die vor dem Inkrafttreten der Zweiten Änderung des Espoo-Übereinkommens gefasst worden sind, einschließlich der Annahme von Protokollen, der Einsetzung von Nebengremien, der Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens sowie der Maßnahmen des Durchführungsausschusses. Sie unterstreichen die fortwährende Berechtigung jeder Vertragspartei, sich unabhängig von der Ratifikation oder einer dieser entsprechenden Umsetzung der Zweiten Änderung weiterhin an allen Tätigkeiten im Rahmen des Espoo-Übereinkommens zu beteiligen, insbesondere an der Erarbeitung von Protokollen mitzuwirken, Nebengremien einzurichten und hieran teilzunehmen sowie die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens zu überprüfen.

Zur Änderung von Artikel 2

Der neue Absatz 11 des Artikels 2 spricht die Empfehlung aus, auf freiwilliger Basis bereits beim Verfahrensschritt zur Festlegung des Inhalts der Dokumentation zur Umweltverträglichkeitsprüfung (sogenanntes „Scoping“) möglicherweise betroffenen Vertragsparteien die Gelegenheit zur Beteiligung in angemessenem Umfang zu eröffnen. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass ein solcher Verfahrensschritt im Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht in allen Staaten der ECE-Region rechtlich verbindlich vorgeschrieben ist. Der Nutzen einer solchen frühzeitigen Einbindung möglicherweise betroffener Nachbarstaaten entspricht den Erfahrungen der deutschen Vollzugspraxis; eine solche frühzeitige Einbindung kann insbesondere zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen.

Zur Änderung von Artikel 8

Die Ergänzung von Artikel 8 des Übereinkommens bekräftigt aus Anlass des am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossenen Protokolls über die strategische Umweltprüfung, dass die Möglichkeit der Ergänzung des Übereinkommens durch zweiseitige oder mehrseitige Übereinkommen oder Vereinbarungen auch im Hinblick auf Protokolle besteht.

Zur Änderung von Artikel 11

Artikel 11, der die Einzelheiten und Aufgaben der Konferenz der Vertragsstaaten bestimmt, wird modifiziert. Artikel 11 Abs. 2 Buchstabe c wird redaktionell dem Wortlaut des Artikels 14 Abs. 4 Buchstabe c des Protokolls vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung angeglichen. Durch die neu vorgesehenen Buchstaben g und h in Artikel 11 Abs. 2 wird das Espoo-Übereinkommen mit dem Übereinkommen vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Artikel 10 Abs. 2 Buchstaben d und e) sowie mit dem Protokoll vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung (Artikel 14 Abs. 4 Buchstabe d) harmonisiert. Die Möglichkeit der Erarbeitung von Protokollen und die Befugnis zur eventuellen Einsetzung von Nebengremien zur Durchführung des Übereinkommens wird klargestellt.

Zur Änderung von Artikel 14

Die Änderung in Artikel 14 Abs. 4 übernimmt zur Klarstellung die entsprechende Formulierung des Protokolls vom 21. Mai 2003 über die strategische Umweltprüfung (Artikel 19 Abs. 3). Damit wird zweifelsfrei festgelegt, dass die Anzahl der vorhandenen Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über eine Änderung die Berechnungsgrundlage für die erforderlichen drei Viertel der Vertragsparteien, auf die es für den Zeitpunkt des Inkrafttretens beschlossener Änderungen ankommt, darstellt.

Zu Artikel 14bis

Der neue Artikel 14bis verankert die Tätigkeit des Durchführungsausschusses („implementation committee“) auch im Übereinkommen selbst. Einsetzung und Aufgabenfestlegung dieses Gremiums, das – wie vielfach im modernen Völkerecht üblich – als Mechanismus zur

Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens (sogenanntes „compliance“) dient, erfolgte durch Beschluss der zweiten Vertragsstaatenkonferenz im Februar 2001 (Beschluss II/4), der durch Beschluss der dritten Vertragsstaatenkonferenz im Juni 2004 (Beschluss III/2) fortentwickelt wurde. Seit Juni 2004 gehört auch Deutschland zu den acht Mitgliedern dieses Durchführungsausschusses.

Nach Absatz 1 wird dieses Instrument zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens als nicht streitig angelegtes und unterstützungsorientiertes Verfahren normiert. Die Überprüfung erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage einer regelmäßigen Berichterstattung durch die Vertragsparteien. Über die Modalitäten und Themenschwerpunkte der Berichterstattung entscheidet die Vertragsstaatenkonferenz. Die Regelung orientiert sich an der entsprechenden Bestimmung des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Artikel 15).

Absatz 2 eröffnet die Einbeziehung von Protokollen zum Übereinkommen, in erster Linie also das am 21. Mai 2003 in Kiew (Ukraine) beschlossene Protokoll über die strategische Umweltprüfung, in das Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung.

Zur Änderung des Anhangs I

Anhang I des Espoo-Übereinkommens enthält die Liste der Projekte, bei denen stets zu prüfen ist, ob sie erhebliche nachteilige grenzüberschreitende Umweltauswirkungen haben können. Diese Liste wird durch die Zweite Änderung des Übereinkommens neu gefasst. Dabei werden die Projekte der bisherigen Nummern 1 bis 17 mit Anhang I der UVP-Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 in der durch die Richtlinien 97/11/EG und 2003/35/EG geänderten Fassung sowie mit Anhang I des Übereinkommens vom 25. Juni 1998 über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten harmonisiert. Mit den neu angefügten Nummern 18 bis 22 werden ebenfalls Vorgaben der genannten Richtlinie der EG bzw. des genannten Übereinkommens vom 25. Juni 1998 übernommen. Für alle im neuen Anhang I des Espoo-Übereinkommens genannten Projekte besteht nach geltendem deutschen Recht eine zwingende Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Zur Änderung des Anhangs VI

Die rechtstechnische Anpassung des Anhangs VI ist eine Folge der Änderung von Artikel 8 des Übereinkommens. Der neue Absatz 3 des Anhangs VI stellt klar, dass die unverbindlichen, durch die Absätze 1 und 2 des Anhangs VI empfohlenen Regelungsbereiche für zwei- und mehrseitige Vereinbarungen zur Ergänzung der Regelungen des Übereinkommens auch im Hinblick auf solche Vereinbarungen für Protokolle zum Übereinkommen in Betracht kommen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333